

Danziger Nachrichten.

Wichtig für Abwanderer nach Deutschland.

Jeder aus dem Gebiet der Freien Stadt Danzig nach Deutschland abwandernde hat sich vor Einleitung seiner Abwanderung mit dem Deutschen Fürsorgekommissar vom Roten Kreuz in Danzig in Verbindung zu setzen.

Nur auf Grund eines vom Deutschen Fürsorgekommissar ausgestellten Uebernahmescheines, der für die Ausreise zugleich den Charakter eines Reisepasses hat, kann in Deutschland bei vorliegender Fürsorgeberechtigung ein Anspruch auf Zuweisung einer Wohnung geltend gemacht werden.

Des ferneren ist jeder Antrag an die Außenhandelsstelle in Danzig zwecks Erteilung der Ausfuhr genehmigung von Umzugsgut — sofern der Antragsteller seinen Wohnsitz aus dem Gebiet der Freien Stadt Danzig nach Deutschland verlegen will — vor der Einreichung an die Außenhandelsstelle ausgefüllt dem Deutschen Fürsorgekommissar zur Abstempelung vorzulegen. Jedem einzelnen Antrag dieser Art wird nur dann von der Außenhandelsstelle näher getreten, wenn das ausgefüllte Antragsformular den Stempel des Deutschen Fürsorgekommissars vom Roten Kreuz in Danzig trägt.

Die Diensträume des Fürsorgekommissars befinden sich in Danzig, Neugarten 11, 4 Tr., und sind für das Publikum geöffnet werktäglich von 9—12 Uhr.

Lehrerschaft und Einheitschule.

Die erste Hauptversammlung des Lehrers „eins der Freien Stadt Danzig fand gestern in der Aula der Petri-Schule statt. Nach verschiedenen Begrüßungen sprach Direktor Sampré über den Aufbau der Einheitschule“. Neben verlangte einen gemeinsamen Unterbau und eine gegenseitige Verbindung der Aufbauteile des gesamten Schulwesens, eine vollkommene Ausgestaltung der Volksschule und einen geraden Bildungsgang von der Volksschule zur Höchschule. Der gemeinsame Unterbau des gesamten Schulwesens muß die Grundschule sein. Alle Kinder besuchen mindestens 4 Jahre die Grundschule; deshalb sind alle Vorklassen und Vorschulklassen aufzuheben. Die Grundschule ist in den 4 untersten Klassen als Volksschule einzurichten. Mehr als 40 Kinder dürfen in einer Schulklasse nicht vorhanden sein. Schulpflichtige Kinder, die wegen körperlicher Schwäche oder mangelnder geistiger Entwicklung nicht schulpflichtig sind, werden dem Schullindergarten überwiesen. Die Berechtigung zur Aufnahme in jede weiterführende Schule erhalten alle Kinder, die das Ziel der Grundschule erreicht haben. Minderbemittelte, begabte Kinder erhalten Unterricht und Schulmittel unentgeltlich.

Auf der vierjährigen Grundschule bauen sich nebeneinander auf der Oberbau der Volksschule mit anschließender Aufbauschule, die Mittelschule und die höheren Schulen. Die bisherigen sechs- und siebenstufigen Volksschulen sind allmählich zu achtklassigen auszubauen. An das 7. Schuljahr der Volksschule schließt sich eine Aufbauschule an, die in 6 Jahren zur Hochschulreife führt.

Die ländlichen Schulen sind so auszubauen, daß die Kinder in 4 Jahren das Ziel der Grundschule erreichen und dann der Anschluß an die Aufbauschule gesichert ist. Vorher fand die dritte Vertreterversammlung des Lehrervereins der Freien Stadt Danzig in der Aula der Petri-Schule statt, zu der 63 Vertreter aus den Zweigvereinen delegiert worden waren. Den Jahresbericht erstattet der Vorsitzende, Kreislehrer Widder. Zur Diskussionsfrage stellte Herr Galle mit, daß die Preussische Regierung den

Lehrern ein Rücktrittsrecht nach Preußen bis 1925 zugestanden hat. Das Staatsministerium hat beschloffen: Den Lehrpersonen der Volksschulen und der nichtstaatlichen öffentlichen Lehranstalten, die am 10. Januar 1921 in der Freien Stadt Danzig endgültig angeheft, einstweilig angeheft, austragsweise vollbeschäftigt und mit Aussicht auf Anstellung angenommen gewesen sind, gewährt die Preussische Staatsregierung bis zum 1. April 1925 alle Rechte, die sich aus dem Staatsministerialbeschluss vom 26. Juli 1919 ergeben, ohne daß eine Prüfung des Rücktrittsgrundes stattfindet.

Zum 1. Vorsitzenden des Vereins wurde Abg. Lehrer Friedrich-Gr. Wollst gewählt. Herr Schilke berichtete über die Besoldungsfrage. Eine Entschlebung forderte die angemessene Einstufung der Lehrer. In einer weiteren Entschlebung wurde verlangt, daß die Senatsverfügung, nach der der Weisliche Mitglieder aller Schulvorstände seiner Gemeinde geworden ist, zurückgenommen wird.

Auf dem Begrüßungsabend im Café Wüste in Langfuhr hielt Direktor Fasse einen Festvortrag zum 50jährigen Bestehen des Deutschen Lehrervereins, der heute über 151 000 Mitglieder zählt.

Das Langfuhrer Automobilunglück vor Gericht.

Der Chauffeur Paul Kolm in Boppo, ein 19-jähriger Mensch, hatte sich vor der Strafkammer wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten. Er fuhr das Auto D 588 und brachte am 18. Oktober Fahrgäste vom Boppöter Kurhaus nach Danzig und umgekehrt. Der Chauffeur Gustav Kramppe begleitete ihn dabei. Es war Sonntag und man lehrte in Sneipen ein, wobei man sich betrank. Abends 10 Uhr raste man nach Boppo zum Kurhaus. Bei dieser Raserei überfuhr man an der Haltestelle der Straßenbahn Brunshöfer Weg zwei Menschen, den Schlosser Stejn und dessen Schwester. Der letztere wurde der Schädel gespalten und sie starb alsbald. Der Schlosser erlitt Verletzungen am Kopf und am Bein, von denen er noch nicht ganz hergestellt ist. Die beiden Chauffeure aber rasteten über die Menschen hinweg als ob sie das gar nichts angehe. Kramppe will in der Trunkenheit geschlafen haben und Kolm will nichts gesehen haben. Die umliegenden Menschen konnten die Nummer des Autos nicht erkennen, weil es davonraus. Ein Autobusfahrer stieg an der Unfallstelle aus und mit der nächsten Straßenbahn kam ein Schuppolizist heran. Beide stellten dann das nächste Auto an und fuhr nach Boppo. Am Kurhaus erfuhren sie, daß das Auto D 588 vor 20 Minuten aus Danzig eingetroffen war. Der Angeklagte stieg auf dem Auto und wurde nun gewarnt. An dem Auto war eine Lampe zertrümmert und vorne etwas verbogen. Außerdem waren einige Frauenhüte an dem Auto geblieben. Das Auto wurde beschlagnahmt und der Angeklagte verhaftet. Der Staatsanwalt beantragte eine schwere Strafe. Die Bevölkerung müsse vor solchen gemissachteten Fahrern geschützt werden. Der Angeklagte fuhr schneller als 15 Kilometer in der Stunde. Es sei einfach standalös fahrlässig, in betrunkenem Zustande ein Auto zu führen. Das Gericht erkannte dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf 3 Jahre 1 Monat Gefängnis.

Die Störungen im Fernsprechverkehr. Vom Telegraphenamt wird uns mitgeteilt: Obwohl auf deutschem, polnischem und freistaatlichem Gebiet an der Westküste der durch den letzten Sturm hervorgerufenen umfangreichen Störungen mit allen verfügbaren Kräften gearbeitet wird, läßt sich noch nicht absehen, wann die Leitungen dem Betrieb wieder übergeben werden können. Telephonische Verbindung besteht z. B. nur mit Oliva, Neuteich, Boppo, Kahlbude, Dirschau, Orlowick, Sosenstein, Wolsdorf, Wehlken, Brauk, Gr.-Hinder, Käsemark, Liegenhof, Stutthof, Karthaus, Neustadt, Schöneck, Mhedo, Gdingen, Melau, Königsberg und Gding. Der Telegraphenverkehr mit Berlin, Stettin, Königsberg, Stolp erleidet keine Verzögerung.

Vom Eherecht.

Von Dr. Alexander Eiserich

Glückliche Ehegatten sind mit dem bestehenden Eherecht zufrieden. Sie brauchen es nicht und kümmern sich nicht darum. Selbst die gesetzlichen und vertraglichen Güterstände sind ihnen gleichgültig — ob Verwaltungsgemeinschaft, Erziehungsgemeinschaft, Gütergemeinschaft, Gütertrennung, Vermögensgemeinschaft — es regelt sich bei ihnen alles von selbst, durch Güte, Vertrauen und Liebe. Das ist das Schönste. Aber es geht ja bekanntlich nicht immer so, und das Eherecht ist also leider notwendig. Ja, die Rechtsfälle sind mit dem Fortschreiten der Berufsberufungen des Familienlebens immer wichtiger in der Praxis geworden, weil sie dazu dienen müssen, dort das Recht zu erzwingen, wo es nicht freiwillig dem anderen Ehegatten gewährt wird. Infolge der Ereignisse der letzten Jahre — Krieg und Revolution — ist es dahin gekommen, daß manche Ehen gelöst worden sind, die innerlich von vornherein auseinanderstrebten, und daß andere Ehen unter der Last der schweren Zeit ihre für gute Zeiten ausreichende Tragfähigkeit eingebüßt haben. So wird es verständlich, wenn längst (unterm 7. November 1921) von einer Reihe von Reichstagsabgeordneten eine Anfrage an die deutsche Regierung gerichtet wurde, in der es heißt:

„In unzähligen Zuschriften kommen fortgesetzt die erschütterndsten Klagen über die untröstlichen Folgen des bestehenden Eherechts zum Ausdruck. Wir fragen an, ob und wann die Regierung gedenkt, einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Eherechts vorzulegen.“

Die bevorstehenden Änderungen des Familienrechtes sollen also beschleunigt werden, und die Tendenz geht unter anderem auf Erleichterung der Auseinanderstrebens der Eheleute. Das ist eine nicht zu unterschätzende Gefahr für das Familienleben; denn die Schwere der Scheidung hat bisher manche Eheleute zur Geduld und zur Verschämlichkeit angehalten; sie sagten sich, es muß gehen, und so ging es schließlich. Bei anderen aber hat das Familienleben ganz außerordentlich unter der gegenseitigen Abneigung der Ehegatten gelitten. Für solche schweren Fälle wäre eine leichtere Lösbarkeit der Ehen ein Segen, weil dann jahrelanges Martyrium zweier aneinander gefesselter Feinde erleichtert oder beseitigt werden würde.

So wie die Dinge jetzt liegen, gibt es ja — außer dem schweren Fall des Ehebruchs — kaum einen Scheidungsgrund, der rasch und sicher zum Ziele führt — es ist da die sogenannte Lebensnachstellung (nach § 1568 BGB.) und die „Abstichtige Verlassung“ (nach § 1567 BGB.) — Dinge also, die sehr brutal sind und jedenfalls noch deutlicher zum gesellschaftlichen Skandal führen, als eine ehebrecherische Forderung. Die beiden Gründe scheiden, weil sie zum gesellschaftlichen „Elat“ führen, zunächst aus, und es wird, wenn die Abneigung der Ehegatten eine gegenseitige ist, dann leicht ein ehebrecherisches Verhalten konstruiert, damit ein Scheidungsgrund gefunden werde. Aber auch das geht nur bei beiderseitigem Einverständnis, und gerade das ist — trotz der gegenseitigen Abneigung der Ehegatten — aus wirtschaftlichen Gründen oftmals nicht zu erzielen. Das alles erniedrigt dann die Ehe noch viel mehr und macht sie menschenunwürdig.

Daneben aber gab es auch bisher, wie für alle Nichtjuristen in einem reizend geschriebenen Büchlein von Professor Dr. Eduard Hellfrou („Eherecht in einer Stunde“, Leipzig 1921) dargestellt ist, außer den genannten absoluten Scheidungsgründen noch einen sehr wichtigen „relativen“ Scheidungsgrund: das „ehewidrige Verhalten“ (nach § 1566 BGB.). Das kann nun alles mögliche sein, und man hat diesen § 1566 einen „Kautschukparagrafen“ genannt. So wie das Verbotnis aus einem „wichtigen Grunde“ aufgelöst werden kann, und solche Wichtigkeit des Grundes sich vielfach ganz nach dem Charakter und der Lebensart der Be-

*) Neueste Ausgabe von Reclam's „Universum“.

Ich bin das Schwert!

Roman von

Annemarie von Nathusius.

(8.) (Fortsetzung.)

Zwischen älteren und jüngeren Schwestern spielten sich wahre Tragödien ab. Ich weiß von einem Fall, in dem die jüngere Schwester noch mit achtzehn Jahren in Wackelschleibern laufen mußte, damit die sechsundzwanzigjährige nicht als „spätes Mädchen“ in die Ehe gedrängt würde. Solange Heiratsaussichten waren, sollte sie als jüngste der Familie gelten, um alle Chancen, die sich noch bieten konnten, anzunehmen.

Bei unseren harmlosen Vergnügungen auf dem Lande, so erfrischend mit Sport durchsetzt, hatte ich von diesem bösen, städtischen Wesen und Treiben nichts gemerkt. Aber die zwei Winter Berliner Gesellschaften klärten mich rasch auf, ich wurde noch listiger, schmerz und gegen jede Annäherung von Trost erfüllt.

Zu meiner ersten Vorstellung bei Hofe hatte mich Tante Klottbe mit einer Perlenkette und einem großen Smaragdring beschenkt, auch einen großen Smaragdring bekam ich, den Glanzring der Bismarck'schen Familie. Er soll bereits irgendwo in den Kreuzzügen auf die Grafen Bismarck gekommen sein.

Mit diesen ehrwürdigen Familieninsignien bewaffnet, erblühte ich den gesellschaftlichen Reigen, der mir, zum Erstaunen meiner Mutter, eigentlich nur Mißerfolge brachte. Am Ende vieler Bälle und Diners hielten ein allförmiger Landrat und ein blutiger Rentner bei meinen Eltern um mich an und wurden kühl von mir geschickt. Als ich davon hörte, mußte ich nur lächeln, so wenig glichen jene beiden dem Prinzen meiner Träume. Denn ich würdig, sagte mein Vater freudig und ich war froh, wieder nach Falkenhain zu kommen, trotz der Trennung von Tante Klottbe.

Mit meinen beiden Schwestern Wera und Armgard, fünfzehn- und sechzehnjährig, durchlebte ich unter dem Nieder am alten Schloße, den Mauerüberresten der einstigen Burg Falkenhain, noch einmal, was ich in Berlin gesehen hatte.

„Also nur fünf Minuten“, wollte Wera noch einmal wissen, „und dafür müßtest du dich einen halben Tag lang schmücken? Du dachtest mir die Cour anders.“

„Das finde ich albern, ich gehe nie an den Hof“, sagte Armgard altfug.

„Aber es war doch großartig?“ beharrte Wera und sah mir mit ihren blauen Augen andächtig in das Gesicht.

„Ich weiß nicht recht, ich habe zur Angst nichts gesehen“, erzählte ich fast bedrückt.

„Sah der Kaiser dir direkt ins Gesicht? Und wozu Angst? Wir und Angst —“ Armgard warf die hübschen Lippen auf.

„Mit wem hast du am meisten getanzt?“ wollte Wera wissen.

Ich glaube, sie fand es etwas verächtlich, daß ich unvertobt zurückgekommen war. Mini von Straßfurt, zwei Meilen von uns, hatte sich in dieser ersten Saison mit einem Regimentkameraden meines Bruders verlobt.

„Mit dem Grafen Thürner habe ich viel getanzt. Er war der einzige Reite, ganz brüderlich. So wie die Wildbeerg hier bei unseren Kürassieren.“

Meine Antwort behagte Wera nicht.

„Und Tante Klottbe?“

Und nun begann ich zu schwärmen. Aber die alte Tante in dem alten Berliner Hause interessierte meine Schwestern nicht. Und ich merkte, daß sie besser in die Gesellschaft der großen Welt paßten würden als ich.

Ich erinnere mich dieses Sommers, in dem ich neunzehn Jahre wurde, als einer sonnenvollen Zeit. Wir hatten wenig Gäste und der Garten schickte sehr taufende Düfte wie Opfergaben eines städtischen Herzens zum blauen Himmel auf. Drapen surrten die Dreschmaschinen, sangen die Scherker. Durch Alee und Lampion führte der Weg auf die Seide, wo der Gänger in der Blüte stand. Da konnte ich unter den

blichten Büschen liegen, ins Blaue starren und träumen. Vor meiner Nase nach Berlin hatte ich das Leben genommen, wie es kam, ohne zu fragen. Blank und klar folgten die Tage einander. Weder waren sie mit Mühen noch mit Fragen gefüllt. In den Büchern zwar lebte eine andere Welt, aber die lag jenseits der Grenze unseres Gutes, wohin ich einmal gelangen würde unter dem Schutze eines männlichen Freundes, den ich liebte. Ich dachte an das spätere Erleben wie an eine Vergnügungsreise.

Tante Klottbe's tiefinnerliches, melancholisches Wesen, das so sehr im Gegensatz zu meiner munteren Mutter stand, hatte mich zum erstenmal mit Schauern und Bangigkeit erfüllt, die große Geselligkeit mit Trost und Schrecken. Pflöchlich wurde mein leidenschaftliches Herz gewedt, zur Stellungnahme aufgefordert. Mit den Vielen stülte ich mich nicht im Einklang, also nahm ich gegen sie Partei. Ich schrieb Helene von Kschwit, die den dicken Below auf dem Nachbargute nicht hatte heiraten wollen und die darum zur Strafe in ein Pfarrhaus nach Ostpreußen verbannt worden war, einen verworrenen und glühenden Brief, in dem ich sie bat, auszuharren und auf den erkundenden Helene zu warten. Ich lobte ihren Mut, den ich mit der Standhaftigkeit von Gudrun verglich und erging mich in Betrachtungen über die Turanien der Eltern, von der ich auch erfahren hätte. Mit Begeisterung vertiefte ich mich in Wärfte und Eichenborst, sandte lange und schwärmerische Naturbeobachtungen an Tante Klottbe, machte meine ersten Verse. Ich fühlte eine neue Welt heranwachsen, die mich wahrhaft ausfüllte und mir Glück versprach. Alles lag noch hinter Schleieren verborgen, wie im Nebel eines heraufziehenden Tages, ungewiß, geheimnisvoll, aber mir war doch, als hätte mir der liebe Gott, zu dem ich allabendlich meine Bitten und meine Räte schickte, ein neues Herz geschenkt. Es war nicht immer Frauen, dies neue Herz, ich sah und hörte plötzlich mehr, ich empfand tiefer, inniger, leidenschaftlicher, der Panzer der Gleichgültigkeit zerbarst immer mehr vor dem eindringenden Lichte der Erkenntnis.

(Fortsetzung folgt.)

... die Ehefrau ... die Ehefrau ... die Ehefrau ...

Bei Mißhandlungen, anstößigem Verkehr, Ehrenkränkungen, Vernachlässigung des Hauswesens, eigenmächtigem Entnehmen von Geld aus der Geschäftskasse — Diebstähle und Unterschlagungen von Ehegatten untereinander sind straflos (§ 147 II) —, grundsätzlicher Verweigerung der ehelichen Pflicht, liebloser Behandlung der Ehegatten, Nichterfüllung des Versprechens über die religiöse Erziehung der Kinder oder über die Nachholung der fehlenden Trauung, Trunksucht, Vergnügungssucht der Frau, Kneipenlaufen des Mannes und so fort.

Nichts Menschliches ist diesem Paragrafen fremd. Er ist die Generalklausel, unter der alle Eheverhältnisse behandelt werden, die nicht den festumschriebenen Tatbestand eines der anderen Eheverhältnisse erfüllen.

Solange hier Forderungen noch nicht geschaffen sind, wird man gut tun, sich zu prüfen, ehe man sich bindet, und vorzubeugen, was ja doch besser als heilen ist. Deshalb bekennt Heilbron auch sein Blicklein mit dem Oberstiel „Dum prüfe, wer sich ewig bindet“ und lehrt sehr heilsam das ganze Verlobungs- und Ehegericht in so humorvollem und leicht fassbarem Plauderton, daß es wirklich gerufen scheint, alle Eheleute, und gerade solche, die es werden wollen, lesen einmal, was er über Verlobung, Eheschließung, Ehehindernisse, Anfechtbarkeit wegen Irrtums, arglistiger Täuschung sagt, weiter von den juristisch wichtigsten Fragen bei der Ausstattung, der Mitgift und im ehelichen Güterrecht. Ueberall trifft man da auf die Quellen des Vermögens der Ehegatten, was bei vorwegender Sorgfalt und Kenntnis leichter vermieden werden kann, und namentlich in dem Kapitel über die Eheführung zeigt sich der Verfasser als erfahrener Kenner der Psychologie von Mann und Frau, wenn sie ehelich miteinander verbunden sind.

Ruhestandsbeamten-Berein (Ortsgruppe Danzig-Zoppot).

In der letzten Hauptversammlung teilte der Vorsitzende Bürgermeister i. A. Hoffstein zunächst mit, daß die Stärke des Vereins jetzt 408 Rufe beträgt. Der Vorsitzende gab den Rat, grundsätzlich nicht zu optieren, da die Weiterzahlung der Pension wenigstens für die Reichs- und Staatsbeamten vorläufig durch ein Abkommen zwischen dem Freistaat Danzig und Deutschland bis zum 31. März 1923 gesichert sei. Ferner ist mit Sicherheit anzunehmen, daß das Provisorium über diese Zeit hinaus verlängert wird. Anders liege die Sache bei den Kommunalbeamten, pensionierten doch ein Fall der Pensionierung vorzukommen, so wird ohne weiteres auch nach Ablauf der Optionsfrist die Eingürgerung erleichtert. Die Frage, ob die Pensionäre, die nach dem 10. Januar optieren bzw. sich einbürgern lassen, auch ihr bewegliches Gut vollfrei aus dem Freistaatsgebiet mitnehmen können, ist inzwischen geklärt. Es kam dann noch das Pensionärsfürsorgegesetz zur Besprechung. Der Vorsitzende gab seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß dieses in das durch die Verfassung den Pensionären gewährte Recht wohnortsbundene Recht einzutreten und zur Untätigkeit anzuregen und forderte die Mitglieder, welche etwa davon betroffen werden sollten, auf, sich bei ihm zu melden, damit die Klage in die Wege geleitet werden könne. Ferner teilte der Vorsitzende in Bezug auf das Altersgrenzengesetz mit, daß dieses gleichfalls auf die bereits vor dem 15. Dezember 1920 lebensfähig angestellten Beamten nicht anwendbar sei und diesen der unverzügliche weitere Bezug des Gehaltes zustehe.

Wartbauer Güte. Vor der Strafkammer standen wiederum zwei gefährliche Taschendiebe aus Warschau. Es sind dies Karol Bezowski und Waslaw Tomkiewicz, die aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurden. Sie kamen im Juli zugereist und glaubten ein besonders günstiges Feld in Zoppot zu finden. Für ihre Diebstähle hatten sie sich verbunden und wirkten gemeinschaftlich. Bezowski nahm zunächst einem Herrn eine goldene Uhr mit Kette, dann einer Dame deren Uhr. Auf dem Bahnhof versuchte er einem Herrn die Uhr zu nehmen, wurde dabei aber abgefaßt und durchgehauen. Tomkiewicz nahm auf dem Seebad einem Herrn die Uhr und einer Dame, die vom Dampfer „Grüß Gott“ kam, deren Handtasche mit 1000 Mark Inhalt. Der Staatsanwalt wies auf die Gemeingefährlichkeit dieser Taschendiebe hin.

Die Ehefrau ... die Ehefrau ... die Ehefrau ...

Die Preisverhandlungen für Zeitungen. Unter dem Druck der Not hat die gesamte deutsche Presse am 1. Januar zu Preisverhandlungen schreiten müssen. Ebenso natürlich auch unsere Parteipresse, die den notwendigen Ausgleich nur durch Abonnementspreiserhöhung schaffen kann. Das „Hamburger Echo“, das bisher 14 Mark kostete, kostet jetzt 24 Mark monatlich, der „Vorwärts“ vorläufig 20 Mark, die Leipziger „Freie Presse“ 12 Mark, die „Dresdener Volkszeitung“ 12 Mark, die „Chemnitzer Volksstimme“ 14,50 Mark, die „Rheinische Zeitung“, Köln, 12 Mark, die „Frankfurter Volksstimme“ 11,80 Mark, die „Münchener Post“ 12 Mark, „Stettiner Volksbote“ 10 Mark. Das gleiche ist neben den bürgerlichen Zeitungen auch bei den unabhängigen und kommunistischen Zeitungen der Fall, auch diese haben in demselben Maße Preisverhandlungen vornehmen müssen.

Getreide und Erbsen gestohlen. Zwei Arbeiter aus Völsau stahlen 100 Pfund Erbsen und 200 Pfund Roggen. Der Unternehmer J. O. kaufte die Ware für 500 Mark. Der Besitzer J. K. sollte einen Teil der Waren bekommen. Die Strafkammer verurteilte einen der Diebe zu 6 Monaten Gefängnis, der andere war nicht erschienen. Die beiden Käufer der gestohlenen Sachen erlitten wegen Diebstahls je 3 Monate Gefängnis, jedoch erfolgte Strafausschlag auf drei Jahre.

Polizeibericht vom 8. Januar 1922. Gefunden: Ein schwarz-welcher Kragenschoner, ein Vincenz mit goldenem Nagel, abzuholen aus dem Fundbüro des Polizeipräsidenten. Eine schwarze verschlossene Aktentasche mit Inhalt, abzuholen von Herrn Friedrich Kneller, Barbaragasse 5, 3 Treppen. Eine braune Aktentasche, abzuholen von Herrn Rudolf Petke, Küsterstraße 85, bei Dtsch. Eine schwarze Brieftasche mit großem Geldbetrag, abzuholen von Herrn Fleischermeister Nowe, Peterstraße 8/4. Ein Spazierstock mit Goldbeschlag, abzuholen von Herrn Adolf Hohn, Bleibhof 1a. Ein Herrenuhr mit abgedroschenen Zählern im Zigarrenetui, abzuholen von Frau Eva Pab, Stillschlag 7, 3 Treppen. Eine Eisenhandschelle, abzuholen von Herrn Theodor Mumm, Schlenkengasse 8. Ein leeres Weinfäß, abzuholen von der Weinhandlung Kornath, Probierkellergasse Nr. 41. — Verloren: Eine silberne Handtasche, enthaltend ein silbernes Portemonnaie mit 20 Mark, zwei Theaterbillets und Brennstoffkarte für Charlotte Roth. Ein brauner Herrenschlapphut, gezeichnet D. B. Eine Doubletkammer, abzugeben im Fundbüro des Polizeipräsidenten.

Aus dem Osten.

Die Seuchengefahr in Polen. Die Gefahr einer Verseuchung Polens durch die von polnischen Rückwandern aus Sowjetrußland eingeschleppten Epidemien, Maschellieher, Unterleibstypus und vor allem Flecktyphus, wird nach einer Meldung aus Warschau täglich drohender. Der Grenzübergangspunkt Baranowitsch ist das Zentrum dieser Infektionswelle, welche die Wojwodschast Nowogrodek überflutet und bereits Warschau erreicht hat. Es ist festgestellt worden, daß die sanitäre Organisation unzureichend und die mangelnde Gefahr gegenüber völlig hilflos ist. Die polnische Presse schlägt Alarm und erhebt ein Ruf nach internationaler Hilfe, der ernsthafte Beachtung verdient, da ein Ueberkreuzen der Seuchen auf die Nachbarländer Polens zu befürchten ist.

Schulisches Schicksal. Seit einigen Monaten wird von den Eltern der Kinder, die die zweite Klasse der Schule in Gobiener bei Sakscharrun (Lit.) besuchen, ein Schulstreik ausgetrieben. Die Eltern schickten ihre Kinder nicht zur Schule und alle Aufschriften haben bisher keinen Erfolg gehabt. Der Grund zu diesem Verhalten der Eltern soll ein Streit über die Beschaffenheit der Räumlichkeiten der zweiten Schulklasse sein, die neu eingerichtet und vom Schulvorstande eingeweiht ist. Zurzeit besuchen meistens nur zwei bis drei, höchstens acht bis zehn Kinder den Unterricht in dieser Klasse. Die vom Schulkonzept bekräftigten Eltern wollen Vernunft einlegen.

Der beschämte Landbund. Das „Neumärkische Volksblatt“ in Zielzig veröffentlichte ein Eingekand der dortigen städtischen Armenkommission in dem mitgeteilt wird, daß nach dem die Bitte an edelgünstige Menschen um Stützung von Kartoffeln für Bedürftige ungehört verhallt ist und auch ein Wunsch des Magistrats an den Landbund um Lieferung von 50 Zentner Kartoffeln gegen Bezahlung zu einem ermäßigten Preis mit dem Hinweis, daß diese Kartoffeln an städtische Arme unentgeltlich abgegeben werden sollten, keine Berücksichtigung gefunden hat, von einer Seite der Kartoffeln der Armen der Armen abgeholfen wurde, an welche diese Bitte damals nicht gerichtet war. Deputatarbeiter haben zusammen gegen 200 Zentner Kartoffeln gesammelt. Wie schon so oft, waren es auch hier wieder Arbeiter, die Verständnis für die Notlage der Vermittler zeigten und dieses trotz ihrer eigenen Notlage auch in die Tat umsetzten, während der Landbund des Kreises vollkommen versagte.

Lohnforderungen in Königsberg. Die Königsberger Gewerkschaften haben die Lohnsätze gekündigt und folgende Erhöhung der Stundenlöhne beantragt: Transportarbeiter 5-7,50 M., Erhöhung der Affordische beim Erögeramt um 300 Prozent; Metallarbeiter und Maschinisten 5 M. für männliche und weibliche Arbeiter; Fabrikarbeiter 4 M. für männliche, 3,50 M. für weibliche Arbeiter; Brauerei- u. Mühlenarbeiter 3,50 M. für männliche, 3,10 für weibliche Arbeiter, Wärtner 3 M. für männliche und weibliche Arbeiter. Der Verband zwischen 3,65 und 3,80 M.

Aus russischer Gefangenschaft. Am ersten Weihnachtstertag der Arbeiter Andreas Amiatowski aus Alenkein zurück. Er war im Oktober 1914 in russische Gefangenschaft geraten. Seit 1918 hatte seine Frau nichts mehr von ihm gehört. Die Frau kehrte dann im Sommer 1921 wieder, nachdem Amiatowski als tot erklärt worden war. Nun fand der Heimkehrer, der schweren Schaden an seiner

Wesentlich gelitten hat, einen anderen Mann an seiner Stelle. Die Frau soll keine Heilung haben, ihre zweite Ehe zu lösen und zu ihrem rechten Gatten zurückzukehren.

Zwei Kinder erstickt. In einem stoffhaften Ofen hatte sich ein Kind, die an dem Ofen zum Trocknen hing, entzündet. Die entstandenen Flammgasen wurden zwei Kindern des Kaufmanns Steinert in Elbing im Alter von 2 Jahren und 7 Wochen, die in dem Zimmer schliefen, zum Verschlingnis. Die Kleinen waren allein im Zimmer. Als die Mutter nach einer halben Stunde zurückkehrte, war das Zimmer mit Rauch erstickt und die Kinder erstickt. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos.

Die Schande unserer Zeit. Durch die pommerische Presse laßt folgende Notiz: „Buchtäublich verhungert ist in Anklam die unverheiratete 80jährige Helene Sch. Vor einiger Zeit hatte sie geduldet, daß ihr das Arbeiten und auch das Leben über sei. Nach einigen Tagen fand man sie tot in ihrem Bette liegend auf. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß sie an obiliger Entkräftung gestorben ist, da sie in den letzten Tagen keine Nahrung mehr zu sich genommen hatte.“

Aus aller Welt.

Die rätselhaften Schiffskatastrophen im Finnischen Meerbusen. Ueber den Zwischenfall mit dem in Grund gebrochenen estländischen Dampfer „Saaremaa“, der in Estland große Erregung hervorgerufen hat, überreichte Tischtscherin dem estländischen Gesandten in Moskau eine Antwortnote, worin ausgeführt wird, der russische Eisbrecher „Wjuga“ sei mit dem estländischen Dampfer nur zusammengestoßen, weil die Dampfer ohne Licht fuhr, so daß der Kapitän der „Saaremaa“ allein für den Unglücksfall verantwortlich sei. Diese russische Note hat die estländische öffentliche Meinung nicht zufriedengestellt. Die Ansicht, daß es sich nicht um einen unglücklichen Zufall handle, gewinnt immer mehr Boden und wird durch Meldungen aus Petersburg gestützt, wonach dort ganz offen davon gesprochen werde, daß der Dampfer zuerst beraubt und dann versenkt worden sei. — Die Mannschaft des gestrandeten deutschen Dampfers „Capella“, dessen Wrack ausgeplündert an der Küste des Finnischen Meerbusens aufgefunden wurde, ist in Kronstadt angekommen.

Ueber den Untergang des Dampfers „Femara“ berichten drei Mann der Besatzung, die gerettet worden sind, daß das Schiff auf der Rückfahrt von England nach Hamburg in der Nacht vom Sonnabend 125 Meilen nördlich von Ketschland in einem furchtbaren Nordweststurm geriet und schwee Schiffsseite erlitt. Auf den dröhnlichen Hilferuf des Dampfers eilten der deutsche Eisdampfer „Arcturion“ und ein englischer Eisdampfer zur Rettung herbei. In ein Aussehen der Boote nicht zu denken war, war es den beiden Eisdampfern nicht möglich, die Besatzung der „Femara“ zu retten. Als das Schiff kenterte, sprang die 20 Köpfe zählende Besatzung ins Wasser. Drei wurden von „Arcturion“ und acht von dem englischen Dampfer gerettet. Der übrige Teil der Besatzung ist wahrscheinlich ertrunken.

Infolge des Sturmes flücht die Elbe bei Hamburg Hochwasser und ist über die Ufer getreten. Die Landbesitzer sind an vielen Stellen überschwemmt, so daß die am Hafen gelegenen Kellerwohnungen unter Wasser gesetzt wurden. Die Schiffe können wegen Sturmflut seit mehreren Tagen aus der Elbemündung nicht auslaufen.

Eine vornehme G. m. b. H. Die Berliner Kriminalpolizei hat eine Gesellschaft von äußerst vornehm auftretenden Ladendieben unerschütterlich gemacht, die eine elegant eingerichtete 6-Zimmer-Wohnung am Kurfürstendamm inne hatten. Die Diebe, zwei Ehepaare und eine Frau, bestahlen in der Weise elegant gekleideter Kunden die vornehmsten Geschäfte Berlins. In der Wohnung wurden wertvolle Schmuckstücke, Uhren, Pelze, Teppiche, ein ganzes Kaffeegericht von 22 Teilen und anderes Diebesgut im Gesamtwerte von 1 Million Mark beschlagnahmt. Weiter wurden den Dieben 90 000 Mark in bar abgenommen und ein Bankkonto in Höhe von 150 000 Mark gesperrt.

Auch eine Folge des Sturms. Der starke Weststurm hat, wie aus Kopenhagen gemeldet wird, gewaltige Eisschwärme an die Küste von Skagen getrieben. Sowohl dänische als auch schwedische Fischerboote hatten in den letzten Tagen den bisher größten Fangertag des Jahres 1921 zu verzeichnen.

Ein verhängnisvoller Brief. In Thale war in einer Straßsache eine Frau als Zeugin vernommen. Ihre Aussage, die sie beizuhör, stellte sich noch während der Verhandlung als falsch heraus. Wegen Meineids wurde die Frau sofort verhaftet und später vom Schwurgericht zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Vom Gefängnis versuchte sie nun eine andere Frau zur falschen Aussage zu verleiten. Sie gab einer aus der Haft entlassenen Frau einen Brief mit, in dem sie ihr genau schrieb, wie sie vor Gericht auszusagen sollte. Die Folge war, daß die wegen Meineids schon mit vier Jahren Zuchthaus bestrafte Frau auch noch wegen Verleitung zum Meineid zwei Jahre Zuchthaus dazu erhielt.

Geißeln für Schieber. Die Strafkammer in Danabrid verurteilte einen Landwirt, der entgegen dem Ausfuhrverbot zwei junge Stiere nach Holland verschoben hatte, zu einem Jahr Zuchthaus, drei Jahren Ehrverlust, Stellung unter Polizeiaufsicht und 20 000 Mark Geldstrafe.

Ein wilder Messerstecher richtete am Montag abend auf dem Kurfürstendamm in Berlin schweren Unheil an. Der Arbeiter Paul Weh aus Spandau erschien in der siebenten Abendstunde plötzlich auf dem Kurfürstendamm, nahe dem Zoologischen Garten, und rannte dort, mit einem langen, scharfgeschliffenen Dolche ausgerüstet, gegen harmlose Straßengänger an. Hierbei wurde ein Fräulein Schöppe aus Wilmersdorf schwer verletzt und der zu Hilfe eilende Unterwachtmann der Schutzpolizei Erich Rosengart durch einen Bauchstich getötet. Es gelang dann einem zweiten Polizeibeamten, den „Mordklauer“ durch einen Revolverstich unschädlich zu machen und zu verhaften. Bisher war der Täter noch nicht vernehmungsfähig.

Briefkasten.

Invalider Messer in Neuteichsdorf. Am 27. September wurde das deutsche Gesetz vom Freistaat übernommen. Sie haben die bisher beschlossenen Rentenzulagen erhalten. Auf die 500-Mark-Behilfe für Invaliden haben Sie Anspruch. Der Antrag wird bei der Gemeindebehörde gestellt. In unserer Montag-Dummer sind die Ausführungsbestimmungen des Gesetzes veröffentlicht worden.

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 3.— Mk., vierteljährlich 12.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Abbestellungspreis: Die 2-gespaltene Zeile 2,20 Mk. monatlich 3.— Mk. Werbemaße u. Wohnungsanzeigen nach Bel. Tarif, die 3-gespaltene Reklamzeile 7,50 Mk. von auswärts 9.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postcheckkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3265.

Nr. 3

Mittwoch, den 4. Januar 1922

13. Jahrgang

Am Vorabend der Konferenz von Cannes.

Französisches Unbehagen.

Der Londoner „Times“ wird aus Paris berichtet, daß dort am Vorabend der Abreise Briands nach Cannes ausgesprochenes Unbehagen und Niederlagengefühl herrscht. Niemand scheint zu wissen, was eigentlich in Cannes geschehen solle. Jedermann frage sich ernstlich, womit Lloyd George Briand in Cannes überraschen werde. In einem Leitartikel der „Times“ heißt es, die Aussichten für Cannes seien nicht sehr hoffnungsvoll. Ein Programm sei nicht festgelegt. Der Gedanke des Aufbaues ganz Osteuropas einschließlich Rußlands durch ein internationales Konsortium scheint noch nicht soweit geführt zu sein, daß er der Kritik der Geschäftswelt standhalten kann. Der Versuch, Deutschland in den Plan hineinzubringen unter der Bedingung, daß es die Hälfte seines Gewinnes als Reparation bezahle, sei ein wirkungsloser Ausgleich zwischen zwei entgegengesetzten Ansichten. Vielmehr steckt hinter dem Plan manches von dem, wovon man nichts wisse. Der Oberste Rat könne während der kurzen Dauer nicht die Grundlage für eine neue Ära schaffen. Er könne nur dringende Probleme des Augenblicks behandeln und nützliche Vorschläge in der Reparationsfrage machen, denen die Alliierten zustimmen könnten. Das Reparationsproblem werde kaum ohne Schaden für den britischen Handel sein. So müßte es bestimmt möglich sein, die französischen und britischen Ansprüche mit größerem Erfolge als bisher mit einander zu vereinen.

Nach einer Neuermeldung aus Cannes beabsichtigt Lloyd George nicht nur eine einzelne Frage zu behandeln, sondern zu versuchen, etwas zu erreichen, was die verschiedenen europäischen Regierungen zusammenbringt. Bezüglich der Reparationsfrage scheint die Ansicht vorzuherrschen, daß Frankreich erhalten müsse, was ihm zusteht. Allgemein sei man der Ansicht, daß die Konferenz länger als eine Woche dauern werde, und daß die Beratung der Außenminister über die Probleme des nahen Ostens vielleicht ebenfalls an der Riviera stattfinden werden.

Die Pariser Vorbereitungen.

Ueber die Pariser Vorbereitungen der Interalliierten Finanzkonferenz berichten italienische Korrespondenten, daß Handelsminister Raineri die Frage der Vereinheitlichung oder Kontrolle der Wechselkurse angeregt und Verständnis gefunden habe. Besonders Italien habe auch unter dem plötzlichen Marktschwund gelitten, weil dadurch das Vorabkommen mit Deutschland unausführbar geworden sei. Nur ein einziger Waggon mit Apfelsinen habe nach Deutschland geschickt werden können. Raineri bestätigte dem Berichtstatter, daß deutsches Kapital an dem vorgeschlagenen internationalen Konsortium teilnehmen könne, da die private Form absolut gesichert werden müsse. „Wehe, wenn politische Gegenätze da hineinspühen wollten“, habe der italienische Minister gesagt.

Ein offizielles Stefani-Kommunique bezeichnet als Ergebnis der Pariser Besprechung die Schaffung einer großen internationalen Handelsgesellschaft mit dem Sitz in England, und unter Teilnahme der Verbündeten und der Neutralen, d. h. der Kreditoren Deutschlands. Deutschland sei also nicht mit eingeschlossen.

Cannes, 3. Januar. Im Nachtklub sind die letzten Vorbereitungen für die Eröffnung der Konferenz getroffen worden. Alle Verhandlungszimmer sind mit aus Paris gesandten Dekorationen künstlerisch ausgestattet worden.

Rußlands auswärtige Politik.

Prawda veröffentlicht die vom 9. allrussischen Kongress auf Grund des Berichtes des Volkskommissars Trotski angenommene Tagesordnung, in der es heißt: Der Kongress bestätigt den ersten Willen der Räterepublik, mit allen Völkern in Frieden zu leben. Keine Grenzverschiebung könne die Hungernden ernähren oder die wirtschaftlichen Ruinen wieder aufrichten. Der Kongress heißt die Bemühungen der Regierung, die erste Räterepublik vor neuen Kriegen zu bewahren, gut und wünscht nur Frieden und Arbeit. Er billigt die Verminderung des Roten Heeres und weist mit Entrüstung die lignerischen Erfindungen kapitalistischer Regierungen und Zeitungen zurück, daß Rußland gegen seine Nachbarn und hauptsächlich gegen Polen

Kriegsabsichten hege. Letzter hat die Sowjetregierung noch immer nicht die öffentliche Macht, den Bestand der Republik gegen die gegenrevolutionären Versuche zu schützen. Die Weltregierung Rumäniens, sich zur Neutralität zu bekennen, die unaufrichtigen Unternehmungen von Vanden, die aus Polen, Rumänien und Finnland in Rußland einfallen, und der japanische Angriff im äußersten Osten, alles dies geschieht zur Zeit, wo die Konferenz in Washington über die Entwaffnung berät. Obwohl die Regierung in ihrer Friedenspolitik weiter beharrt, muß sie trotzdem bereit sein, jene Versuche, die Unabhängigkeit der liberalen Räterepublik zu verlegen, mit den Waffen zurückzuweisen zu können. Gleichzeitig mit der Verminderung des Roten Heeres muß daher seine materielle und technische Verbesserung erfolgen, um ihm die höchst erreichbare Kampfkraft zu sichern. Der Kongress drückt die Entschlossenheit der arbeitenden Massen aus, die nötigen Opfer für den Unterhalt für das Rote Heer auf sich zu nehmen. Der Kongress hofft, daß der wirtschaftliche Fortschritt es auch der Roten Flotte möglich machen werde, die Zugänge zu den Seehäfen zu sichern.

In den Sitzungen des 9. allrussischen Räterekongresses nahmen 1991 Vertreter teil. 1522 von diesen waren Kommunisten.

Die Friedensbeteuerungen des russischen Räterekongresses werden aber in eigenartiger Weise durch die rein imperialistischen Kriege beleuchtet, die Rußland an seinen verschiedenen Grenzen führt und noch führt. Die Eroberung des sozialistischen Georgiens war ein Zeichen brutaler imperialistischer Sowjetpolitik. An seiner nördlichen Grenze führt Rußland augenblicklich Krieg gegen Ostkarelien, um Zugang zum nördlichen Eismeer zu erhalten. Solange Sowjetrußland nicht insbesondere die brutale Vergewaltigung des sozialistischen Georgiens wieder gut gemacht hat, werden seine Friedensbeteuerungen selbst bei der sozialistischen Arbeiterschaft der Welt wenig Glauben finden.

Regierungsumbildung in Rußland.

Aus Moskau wird ferner berichtet, daß auf dem Räterekongress eine Umbildung des Rates der Volkskommissare beschlossen worden sei. Die Ressorts für Finanzen, Außenhandel und Justiz sollen an sogenannte „Parteilose“ abgegeben werden. Die „Parteilosen“ bilden in Rußland eine beachtenswerte Macht. Sie bekennen sich nicht zum Kommunismus, fühlen sich aber als Russen und wollen als solche ihrem Vaterlande dienen. Unter ihnen befinden sich viele Intellektuelle. Ihre Aufnahme in einzelne Regierungsstellen würde unseres Erachtens nach für Rußland selbst außerordentlich erprießlich sein.

Gegen die Verleumder der Republik.

In der Berliner Presse erschienen gestern Auszüge über den Inhalt des Gesetzentwurfes zur Anpassung des Strafgesetzbuches an das Verfassungsrecht. Da diese Meldungen nicht ganz den Tatsachen entsprechen, wird von Regierungsseite der Entwurf dieses Gesetzes bekanntgegeben. Es heißt in dem Entwurf: Wer die verfassungsmäßige Staatsform oder die Reichs- oder Landesfarben öffentlich beschimpft, wird mit Gefängnis bestraft. Daneben kann auf Geldstrafe bis zu 500000 Mark sowie Verlust der Bekleideten öffentlichen Aemter erkannt werden. Ebenso wird bestraft, wer öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen zur Gewalttätigkeit gegen die Person des Staatsoberhauptes oder eines Mitgliedes der Reichsregierung oder einer Landesregierung auffordert oder anreizt.

Parlamentswahlen in England.

Lloyd George wird nach seiner Rückkehr aus Cannes, falls keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten, dem König raten, das Parlament vor dem 30. Januar aufzulösen. Lloyd George wird gleichzeitig die Bildung einer neuen nationalen Partei ankündigen.

Die Verhandlungen über das englisch-irische Abkommen sind wieder aufgenommen worden. Zahlreiche Grasschaftsräte, Distriktsräte, Sinnseingruppen, sowie verschiedene andere Organisationen haben sich öffentlich für die Annahme des Abkommens ausgesprochen.

Nochmals die Dolchstoßlegende.

Die Danziger Rechtspresse brachte vor einigen Tagen wieder die Mär von der erböhten Front. Auch in der monarchistischen Presse des Reiches tauchte dieser Schwindel auf. Dagegen nimmt Genosse Scheibemann in einem Artikel Stellung, in welchem er den deutschmonarchistischen Heiden und Verleumdern des deutschen Volkes die Nase vom Gesicht reißt. Genosse Scheibemann schreibt:

Es ist mir immer zuwider gewesen, wenn hinter Leuten noch hergepölkert wurde, die wirklich erledigt sein sollten. Ich habe niemals eine Mordgrube aus meinem Herzen gemacht, wenn vor dem 9. November 1918 über den ehemaligen Kaiser Wilhelm gesprochen werden mußte. Seitdem er seinen Wohnsitz nach Holland verlegt hat, wird kein Mensch von mir gehört haben, daß ich von ihm gesprochen hätte, ohne direkt dazu provoziert zu sein. Aber auch dann bin ich zurückhaltend gewesen und habe mich mit lässlichen Angaben begnügt.

Wie mit dem Kaiser, so verfuhr ich auch mit Ludendorff, nachdem er sich freiwillig auf schnellstem Wege nach Schweden begeben hatte. Männer, die aus überquellendem Tatendrang oder aus irgendwelchen anderen Gefühlen das Bedürfnis haben, sich zurückzuziehen, soll man laufen lassen, gleichviel, ob sie bei ihren Auslandsreisen sich mit dem Monocle oder der blauen Brille interessant zu machen bemüht gewesen sind.

In diese Heiden habe ich oft gedacht, als wir Volksbeauftragten von Karl Liebknecht und seinen Anhängern in der Berliner Wilhelmstraße durch große Aufzüge von Menschen beehrt wurden, die teils zu Fuß, teils auf Automobilen, alle aber bis an die Zähne bewaffnet, anrückten, während wir lange Zeit niemand hinter uns hatten, als eine Matrosenwache, die uns eines Tages — verhaftete. Wenn wir damals die Methode des Herrn Ludendorff für die richtige gehalten hätten — und abgerüstet wären, würden wir zwar unsere Personen in Sicherheit gebracht, trotzdem den Spartakisten aber die Herrschaft ausgeliefert, d. h. zünftigen Umständen im Reiche die Wege geebnet haben. Wir dachten aber nicht an uns, sondern nur an das deutsche Volk und seine Zukunft, riefen die Arbeiterschaft zur Abwehr der Gefahr zu den Waffen und hielten es für unsere selbstverständliche Pflicht, auszuhalten, bis die bolschewistische Gefahr erledigt war.

Nachdem uns das gelungen, der Zusammenhalt des Reiches, sowie die Rede- und Pressefreiheit gesichert waren, kamen die echten Heiden wieder aus den Mausefängern heraus, um uns zu beschimpfen, zu verächtigen und zu verleumben. Die Verleumdung wurde offenbar, von einer Zentrale aus organisiert und zu einem parteipolitischen Geschäft gemacht. Die Geschichte war so groß aufgezogen, daß heute noch, drei Jahre nach dem Zusammenbruch und der Abreise der Herren Wilhelm und Ludendorff, allerlei Dredspritzer herumwirren.

Aus dem Chorus der echten Heiden fallen jetzt vereinzelte Stimmen wegen ihrer besonderen Häßlichkeit auf. Herr Ludendorff, dem es in Schweden auf die Dauer nicht befiel haben mag, kam zurück und gab die Parole vor: dem Dolchstoß aus, die nun als Refrain von allen ihm gleichgesinnten Germanen mitgequakt wird. Und der Exzessiver verkündet der stammenden Welt, daß er nur auf Kuraten Hindenburg seinen Wohnsitz nach Holland verlegt hätte. Einer der echten Hohenzollernverehrer aber trittet sich in der Presse damit, daß er sagt, wenn Ludendorff den Kaiser beraten hätte, dann — ja dann! Das Heiden-Snäblein hat vergessen, daß Ludendorff schon vorher nach einer anderen Seite — abgerüstet war! Heiden!

Es hat weiter nichts geschelt als der Kappitenprozess in Leipzig, um das Bild der wahren Heiden komplett zu machen. Wenn das deutsche Heer durchweg aus Männern bestanden hätte gleich denen, die nach Holland und Schweden — abgerüstet sind, und solchen, wie sie vor dem Reichsgericht in Leipzig totentbleich und knieflosternd gestanden haben, dann hätte der Krieg keine vier Wochen gedauert.

Und diese Heiden beschimpfen das ganze deutsche Volk mit ihrem Dolchstoßschwindel. Wahrhaftig, der aufrechte Konservative Adam Röder hat Recht, wenn er in der Süddeutschen Konservativen Korrespondenz sagt: den ehrlichen Menschen muß eine tiefe Verachtung vor dieser Gesellschaft erfüllen!

Unsere Achtung vor den Leistungen der deutschen Soldaten und auch der weitaus meisten Offiziere kann nicht beeinträchtigt werden durch das Verhalten verächtlicher Dolchstoßschwindler. Aber gerade die Frontoffiziere, vor denen wir achtungsvoll den Hut ziehen, haben alle Ursache, sich gegen die Ludendorfferei, die uns im Kriege so ungeheuer geschadet hat, entschieden zu wenden. Wenn das Treiben der Ludendorff und Bauer weitergeht wie bisher, dann muß das Ansehen des deutschen Heeres, das sich doch aus unseren Brüdern und Söhnen zusammensetzte, in der schändlichsten Weise herabgewürdigt werden.

Um sich selbst, um ihre eigenen wirklich erledigten Personen in ein möglichst günstiges Licht zu setzen, würdigte z. B. der Oberst Bauer, die rechte Hand Ludendorffs, nicht nur das gesamte deutsche Volk, sondern auch das Offizierskorps in der häßlichsten Weise herab. Kein anderer als dieser Oberst Bauer war es doch, der in seinem Ludendorff verherrlichenden Bu über den 9. November 1918 im Großen Hauptquartier geschrieben hat:

„Und wo waren die 100 Offiziere des Deutschen Heeres...“

Autonomie für Wilna und Ostgalizien.

Der „Kurjer Polski“ befaßt sich in einem Artikel mit der Verleihung einer Autonomie für das Wilnaer Land.

Die Autonomie für das Wilnaer Land wird unbedingt nötig, da die polnischen Wojewodschaften trotz der vielen Versprechungen...

Das Problem der sozialistischen Einigung.

Bemerkenswerte Aeußerung Paul Voebes. Unter der Überschrift: „Für die Einigung!“

Das Wutfieber.

Zwei psychologisch durch nichts begründete Verbrechen haben zu Beginn des neuen Jahres über ihre lokale Bedeutung hinaus Aufsehen erregt.

Man darf aber nicht sagen, daß das Amoklaufen und blühendes Draufloslöten einer beliebigen Personenzahl eine epideemische Erscheinung sei...

an einer bürgerlichen Koalition nicht mehr ganz aus...“

In den Gemütern, in den Köpfen, in der Gefühlsregung des Volkes werden beide Parteien...

Solidarität mit Verbrechern.

Die französische Befahungsbehörde in Düsseldorf hat bekanntlich 40 Personen in Haft genommen...

So harmlos, wie man diese jungen Leute hinzustellen sucht, sind sie jedoch nicht. Es sind 40 ehemalige Angehörige der Brigade Ehrhardt...

Am Wege.

In den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hat schon der Psychiater Krafft-Ebing die sogenannte transitorische Manie beschrieben...

Von Max Haged.

Der Henker schritt zum Galgen, und die Menge sprach schelte Worte über ihn. Sie verachtete ihn.

Das Bombenattentat in Bayern.

Wie nunmehr festgestellt ist, galt der Bombenanschlag in der Neujahrsnacht in Dinkelsbühl...

Die Neuwahl des Reichspräsidenten.

Zur Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten erklärt die Deutsche Allgemeine Zeitung...

Dauernder Mauerwurf bei der R. P. D.

Wie die „Kote Fabue“ mitteilt, wurde in der Zentralvorstandssitzung von Berlin-Brandenburg...

Die ägyptischen Sozialisten gegen England.

Die sozialistische Partei Ägyptens erläßt einen Aufruf, in dem sie gegen die Verhaftung Saad Zagloul...

Dauernde Unruhen in Portugal.

Nach einer Meldung des „Journal des Debats“ aus Lissabon hat die Regierung die auf den 8. Januar festgesetzten...

Verzwickte Verwandtschaft.

Ich machte die Bekanntschaft einer jungen Witwe, die mit ihrer erwachsenen Stieftochter in demselben Hause wohnte.

Das Ende des Wisent.

Der „Grenzschutz“ im Kriege und die Wilderer haben die letzten Bestände des europäischen Wisent...

Eine internationale Theaterausstellung.

Die internationale Theaterausstellung wird von dem englischen Theaterreformer Craig am 14. Januar in Amsterdam eröffnet.

Danziger Nachrichten.

Danzig in der Völkerbunds-Sitzung.

An den in den nächsten Tagen beginnenden Verhandlungen des Völkerbundes wird auch Senatspräsident Sahm in Begleitung eines anderen Senators teilnehmen. Im Einverständnis mit dem Hauptgeschäft des Völkerbundes wird der Senat gegen mehrere in letzter Zeit ergangene Entscheidungen des Oberkommissars auf Grund von Artikel 20 des Danzig-Polnischen Vertrages vom 9. November 1920 Berufung einlegen.

Es handelt sich um die Entscheidungen des Oberkommissars vom 16. Dezember über die Ausweisung polnischer Staatsangehöriger aus dem Gebiete der Freien Stadt und die Entscheidung vom 17. Dezember über die Führung der auswärtigen Angelegenheiten der Freien Stadt durch die Republik Polen, sowie um die Entscheidung vom 18. Dezember über die gerichtlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Freien Stadt Danzig. Hinsichtlich aller drei Entscheidungen steht der Senat die der Freien Stadt auf Grund des Friedensvertrages von Versailles zustehenden Rechte nicht genügend gewahrt.

Gegen die Entscheidung vom 6. Dezember über die Behandlung des polnischen Eigentums, die Stellung der polnischen Beamten und die Behandlung der polnischen Schiffe in der Freien Stadt Danzig wird dagegen seitens der Freien Stadt eine Berufung an den Völkerbund nicht eingelegt, dagegen hat die Republik Polen gegen diese Entscheidung des Oberkommissars an den Völkerbund appelliert.

Der neue Ueberrumpelungs-Trick.

Schichau läßt auch abstimmen.

Vom Metallarbeiterverband wird uns geschrieben: Wir berichteten gestern über das Abstimmungsresultat in dem Bohnstreite der Metallindustrie. Schichau gibt sich mit dem Resultat jedoch nicht zufrieden. Er ordnete gestern abend an, daß heute jeder Arbeiter beim Eintritt in den Betrieb einen Stimmzettel erhält, den er bei der Mittagspause um 12 Uhr abzugeben habe. Carlson will die Meinung seiner Arbeiter „unbeeinflusst“ erforschen, weil ihm seine „Getreuen“ erzählt haben, daß sie allein 1500 Unterschriften für sein Angebot gesammelt hätten und der Betriebsausschuß den Unorganisierten feindselig gesonnen sei. Die erste Behauptung ist unrichtig, denn bei Schichau arbeiten unseres Wissens etwa 2200, davon nahmen an der gewerkschaftlichen Abstimmung 1970 teil, von denen 1281 für den Schiedspruch votierten; es bleiben demnach unter Abzug der Lehrlinge bestenfalls als Stützen der Firma 400 übrig, die aber bei Carlson und seinem Kreis soviel Einfluß zu haben scheinen, daß sie die Mehrheit der Arbeitererschaft einfach terrorisieren können. Daß jeder moralisch feste Arbeiter, der von sich und seiner Klasse etwas hält, diesen Heiden nicht besonders freundlich gesonnen ist, versteht sich von selbst. Schon Napoleon sagte: „Wehe dir, Verräter!“ Wir sind gespannt auf die Antwort der Schichauarbeiter. Sie stimmen ab, ohne daß ihnen seitens der Gewerkschaften, wie das bei der Danziger Werft der Fall war, im letzten Augenblick eine Weisung gegeben werden konnte, weil die Anordnung in später Abendstunde erfolgte und die Abstimmung am folgenden Morgen schon vor sich geht. Wir wollen hoffen, daß die Verelendung der Schichauarbeiter noch nicht so weit gediehen ist, daß sie in das Netz der Firma laufen.

Unternehmer-Logik.

Die Bauwesen und die Feuerungsforderung der Bauarbeiter. Der Arbeiterverband schreibt uns: Der Arbeitgeberverband für Hoch- und Tiefbau glaubte den Bauarbeitern noch im alten Jahr sein unjustes Verständnis zeigen zu müssen. Den Antrag der Bauarbeiter, in Verhandlungen über Festsetzung neuer Löhne einzutreten, lehnte er durch ein Schreiben vom 31. Dezember ab und betraf sich darauf, daß die jetzigen Löhne, die unterm 25. Oktober vereinbart wurden, für die Zeit vom 28. Oktober ab auf 3 Monate gelten und sei deshalb erst ungefähr acht Tage vor dem 27. Januar 1922 zu verhandeln. Dann will er, falls unsere Forderungen begründet sind, mit uns in Verhandlungen treten und auch entgegen kommen. Bei den Lohnvereinbarungen im Oktober seien von den Arbeitnehmern jedoch bereits die teuren Kohlen, Kartoffeln sowie Kleidungsstücke ins Geld geführt und bei dem vom Tarifamt gefällten Spruch berücksichtigt worden.

Gewiß wurde bei den Verhandlungen im Oktober Bezug auf die Anfang Oktober einsetzende Teuerung genommen. Aber keinesfalls ist in den Löhnen die heutige Teuerung berücksichtigt worden. Die Teuerung setzte so überaus rasch und jeder Vernunft hohnsprechend ein, daß außergewöhnliche Verhältnisse eingetreten sind und diese auch außergewöhnliche Maßnahmen erfordern. Die Bauarbeiter hätten nicht jetzt schon mit Lohnforderungen kommen brauchen, wenn die Besitzer der Waren die Konjunktur nicht in der unerhörtesten Weise ausbeuten würden. Die Warenbesitzer haben die Konjunktur aus und haben die Preise gewaltig in die Höhe getrieben, obwohl sie die Waren bereits vor Monaten zu billigeren Preisen eingekauft haben. Die Arbeiter hinken mit ihren Löhnen feils hinter den Preisen her, so daß sich ihre soziale Lage immer mehr verschlechtert.

Trübe es jedoch an, daß die hohen Preise bereits in den Löhnen berücksichtigt sind, so wundern wir uns nur, daß diese Behauptung nur auf Arbeiter angewendet wird. Den Bauarbeitern wurden nämlich die Löhne zu der gleichen Zeit erhöht, wie den Senatoren. Diesen hat man aber im Dezember schon wieder die Gehälter aufbessert. Oder fühlen der Senatspräsident mit seinem Gehalt ohne Ainderzulage von 225 000 Mk., der Finanzsenator mit seinem Gehalt ohne Ainderzulage von 187 000 Mk., oder die übrigen Senatoren

mit ihren Gehältern und Ainderzulagen von 2200 bis 2500 Mk. die Teuerung nicht berücksichtigt? Das ist ein demagogischer Trick, welcher die Bauarbeiter zu täuschen, um nicht nachzugehen, den Bauarbeitern zu täuschen, um nicht nachzugehen, den Senatoren wegen der geringen Teuerung die Gehälter aufzubessern, und zwar mit einer Nachzahlung vom 1. Oktober!

Daß sich die Bauarbeiter mit diesem Betrug zufrieden geben, glaubt doch selbst der Arbeitgeberverband nicht, und würde auch dort nicht wieder den Kampf haben wollen, dann wäre auch eine andere Antwort erfolgt. Die Bauarbeiter müssen nun, wohin der Weg geht, und werden auch ihre Maßnahmen treffen.

Zur Aufklärung

für die Arbeiterkassen des Danziger Werks und der Artillerie-Bezirk

Aber die Frage, ob der besondere Schlichtungsausschuß vom 15. Dezember v. J. Bohnausläge oder Feuerungszulagen festgesetzt hat, bringen wir den Wortlaut dieses Teils des Schiedspruches zur allgemeinen Kenntnis:

Auf die bei der Danziger Werft und Artillerie-Bezirk, den Firmen Kalkfelsen und Gutshof u. Co. bestehenden Stundenlöhne sind mit Wirkung vom 1. Dezember 1921 ab folgende Feuerungszulagen zu zahlen.

Für alle		
über 20 Jahre alten Arbeiter	1,80 Mk. pro Stunde.	
über 20 Jahre alten Arbeiterinnen	0,80 " " "	
18-20 Jahre alten Arbeitern	0,90 " " "	
14-18 Jahre alten Arbeiter	0,40 " " "	
14-18 Jahre alten Arbeiterinnen	0,40 " " "	

Die sozialen Zulagen bleiben in der bisherigen Höhe bestehen. Die Akkordsätze werden um 25 Prozent erhöht. Die Gewerkschaften vertreten den Standpunkt, daß diese Sätze Bohnerhöhungen sind. Die Unternehmer folgerten aus dem Worte „Feuerungszulagen“, daß es sich um Feuerungszulagen unabhängig vom Grundlohn handelt. Was der besondere Schlichtungsausschuß tatsächlich mit dem Wort „Feuerungszulagen“ gemeint hatte, ist dessen Geheimnis.

Auch in dem Schiedspruch für die übrigen Betriebe ist das Wort Feuerungszulagen gebraucht, allerdings stellte im letzteren Falle Dr. Dormayer als Vorsitzender auf besondere Anfrage fest, daß er damit Bohnzulagen meint.

Mahregelungen beabsichtigt?

Nachstehende kleine Anfrage ist an den Senat gerichtet: Der Senat der Freien Stadt Danzig hat am 22. 11. 21 an sämtliche staatlichen Behörden und städtischen Geschäftstellen die Verfügung erlassen, in kürzester Frist zu melden: 1. wieviel Angestellte bei ihnen angestellt sind; 2. welche Angestellte (namentlich) sich am Streik beteiligt haben; 3. wann sie in den Streik getreten sind; 4. welche Angestellte (namentlich) den Dienst bis Donnerstag früh und von welchem Tage wieder aufgenommen haben.

Da ein Vermerk in der Hauptkartothek bei dem einzelnen Angestellten über den Streik nicht unbedingt notwendig erscheint, gleichzeitig aber auch die Polizeibehörden der Freien Stadt Danzig Nachfragen über den Streik angestellt und nach Urhebern derselben Erkundigungen eingezogen haben sollen, so fühlt sich die Angestelltenchaft beim Senat und den städtischen Behörden aufs äußerste beunruhigt. Ist der Senat bereit, Auskunft darüber zu geben, ob er eine Benachteiligung oder Zurücksetzung der bei dem Streik beteiligten Angestellten in irgendeiner Form durch seine Maßnahmen bezweckt?

Infolge eines bedauerlichen Versehens wurde der gestern veröffentlichte Notiz über das Stadtverordnetenjubiläum des Geheimrats Keruth ein für eine Nachricht im politischen Teil bestimmter Kommentar angehängt. Diese unbedeutende Verwechslung ist uns um so unangenehmer als dadurch der Jubilar ganz ungeschuldigerweise mit gewaltigen reaktionären Verleumdungen in Verbindung gebracht wurde, die er sicherlich ebenso scharf verurteilt wie wir. Wir dürfen wohl hoffen, daß der Jubilar diese „Tatke des Obletz“ nicht von der tragischen Seite genommen hat, von der sie in ihrer Banalität auch nicht genommen werden konnte.

Die Zollerhebungstermine. Wie der Handelskammer heute von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, werden unabhängig von dem Eintreffen der Waren noch nach den bisher geltenden Bedingungen und Zollsätzen zollamtlich abgefertigt diejenigen Sendungen, die nachweislich spätestens bis zum 10. Januar 1922 einschließlich zum Eisenbahn- oder Schiffstransport vom Zollamt-Ausland aufgegeben worden sind. Nach dieser Mitteilung hat die polnische Regierung sich damit einverstanden erklärt, daß der § 7 des Zollabkommens vom 21. Dezember 1921 dahingehend ausgelegt werden soll, daß nicht der 31. Dezember 1921, sondern der Termin des tatsächlichen Inkrafttretens der Zollunion mit Polen, nämlich der 11. Januar 1922 auch in der betreffenden Hinsicht maßgebend sein soll.

Die zollamtliche Abfertigung wird erst am 11. Januar d. J. von Kalkhof nach Simonsdorf verlegt werden. Vom 1. bis einschließlich 10. Januar verkehren daher die Personenzüge: Ab Danzig-Hauptbahnhof: 8.10, 6.50, 8.33 vormittags, 1.45, 7.10 nachmittags. Ankunft der Züge in Marienburg 5.25, 9.10, 11.15 vorm., 4.17, 10.00 nachm. Der Zug von Liegenhof kommt abends 6.56 in Simonsdorf an und ist 7.36 in Marienburg. Ab Marienburg: 8.03 vorm., 12.25, 5.10, 6.57, 11.27 nachm. Ankunft der Züge in Danzig-Hauptbahnhof 10.45 vorm., 8.00, 7.48, 9.27 nachm., 1.41 vorm. Der Zug nach Liegenhof fährt 8.51 abends von Marienburg ab und ist um 9.22 abends in Simonsdorf.

Verkappte deutschnationale Parteiflässe. Der auch an der hiesigen Technischen Hochschule bestehende „Deutsche Hochschulring“ ist in seiner Rekrutierung als eine deutschnationale Parteimache entlarvt worden. So wird jetzt bekannt, daß der „Förderkreis“, d. h. 49 alte Herren, die dem Hochschulring das Geld und die guten Ratschläge geben, bis auf einen, der Volksparteiler ist, samt und sonderb deutschnational sind! Das Bureau der Organisation befindet sich im Deutschnationalen Parteihaus, Berlin W.,

Die politische Neutralität des Danzig erscheint damit in einem kaum noch zweifelhaften Licht. Die ist wie so oft ein Rückhängeschloß, mit dessen Hilfe man politische Wünsche machen will.

Die Kritik zur Abgabe der Optionen für die Danziger, die die deutsche Reichsangehörigkeit behalten wollen, endet nicht schon am 9. Januar, sondern erst am 10. Januar. Die am 10. Januar abgegebenen Options-Erklärungen sind noch gültig.

Für getrene Dienste. Den Orden der Wiedergeburt Polens erhielt der diplomatische Vertreter Polens in Danzig, Plucinski, in Anerkennung seiner Verdienste um das Zustandekommen des Danzig-Polnischen Vertrages.

Wandelswechsel im Volkstag. An Stelle des nach Deutschland verzogenen Abg. Leibing tritt Justizrat Fabian in die Fraktion der Deutschen Partei ein.

In Vertrauenssitzungen für die Sozialversicherung sind für die Zeit vom 1. Januar 1922 bis Ende Dezember 1925 gewählt worden: Sanitätsrat Dr. Drenting, Sanitätsrat Dr. Masurke, Augenarzt Dr. Helmbold.

Gefahren infolge des Sturmes ist der kleine Schleppehänger Sprack der Krawitterschen Werft in der Neujahrsnacht. Man hofft den gesunkenen Schleppehänger heben zu können.

Die im Oltwaer Walde aufgefundene Leiche ist nunmehr erkannt worden. Der Tote ist der 48-jährige Techniker Hugo Karwath aus Langfuhr. Er war unverheiratet und wurde seit dem 10. November vermißt.

Einbruch in einen Speicher. Der Kraftwagenführer P. G. ty Traulau beteiligte sich mit anderen Personen im Jahre 1919 an einem Einbruchsdiebstahl in den Speichern der Großhandels-Gesellschaft in Neudorf. Es wurde Ake- und Grafsamen für 19 000 Mark gestohlen, der verkauft werden sollte. Die Mittäter sind bereits bestraft. Der Angeklagte war nach Deutschland ausgerückt und wurde nun ausgeliefert. Er war Chauffeur bei der Gesellschaft. Die Strafkammer verurteilte ihn wegen Mittäterschaft zu 9 Monaten Gefängnis.

Aus dem Elternhause entfernt hat sich der 17-jährige Gymnasialschüler Gergard Maczmacel aus Budroszki, Kr. Gostyn in Polen. Der Benannte ist von hoher Gestalt, hat dunkles Haar, schwarze Augen. Er war bekleidet mit Militäranzug, langem schwarzen Mantel mit Pelzkragen und brauner warmer Mütze. Zweckdienliche Mitteilungen erbittet Polizei-Präsidium, Abteilung 1 c.

Neues deutsches Metallgeld. Die langwierigen und schwierigen Verluste zur Herstellung neuer Reichsmünzen aus Metall sind jetzt geendigt, und es kann damit gerechnet werden, daß die Münzverwaltung im Frühjahr an die Ausprägung herantreten wird. Die Verluste waren hauptsächlich deshalb so schwierig, weil eine Gewähr gegen Fälschungen geschaffen werden mußte. Zunächst will man Ein-, Zwei- und Fünfmärkstücke schaffen.

Jungsozialistengruppe. Morgen, Donnerstag, spricht Genosse Brängel über die Entstehung des Handelswerks. Zum vollen Verständnis der späteren Entwicklung des Kapitalismus ist das Wissen über die Zeit des Handelswerks und seiner Entstehung ungemein wichtig. Wie dann später der Kapitalismus zur Verelendung der Massen führte und diese Proletarisierung ihrerseits wieder die Forderungen der Sozialdemokratie zur Folge hatte, bleibt späteren Erörterungen vorbehalten. Bei der großen Wichtigkeit dieser Fragen für jeden Sozialdemokraten und auch besonders für die ihr Wissen erst beizubehaltenden jungen Genossen und Genossinnen wird erwartet, daß die Mitglieder vollzählig erscheinen. Gäste sind willkommen. Die Versammlung findet um 7 Uhr in dem Heim der Arbeiterjugend Danzig, Reiterkaserne, Weidengasse 2, 2 Tr., Zimmer 51, statt.

Falsche Sondermarktscheine. Von seit etwa einem Jahre zur Ausgabe gelangten 100 Marktscheinen der Ausgabe mit dem Aufdruck „1. November 1920“ sind neue Fälschungen im Verkehr aufgetaucht. Die falschen Scheine unterscheiden sich von den echten Scheinen durch das von dem echten Banknotewapier abweichende Papier, durch unklare und etwas verschwommene Trud, ferner fehlt bei den Fälschungen das Wasserzeichen und der Fasertreifen. Der Fasertreifen wird durch den Aufdruck von farbigen Strichen nur schlecht vorgekennzeichnet, während das Wasserzeichen, wenn es nicht völlig fehlt, Abweichungen gegen die echten Scheine aufzuweisen hat. Die falschen Scheine sind bei einiger Aufmerksamkeit leicht von den echten Scheinen zu unterscheiden.

Letzte Nachrichten.

Ein französisch-japanisches Geheimabkommen?

London, 3. Jan. Laut „Daily Express“ hat die Veröffentlichung eines angeblichen Geheimabkommens zwischen Frankreich und Japan das Mißtrauen in den Vereinten Staaten gegenüber Frankreich vermehrt. Amerika sei durch die Erklärungen der französischen und der japanischen Delegierten, daß die veröffentlichten Dokumente Fälschungen seien, nicht überzeugt worden. Auch der Berichterstatter der „Times“ in Washington schreibt, diese Dokumente würden, trotzdem ihre Echtheit bestritten werde, zur Vergiftung des Vertrauens beitragen. „Daily Telegraph“ schreibt, es sei ungünstig für Frankreich, daß die sensationellen Enthüllungen über ein angebliches Geheimabkommen mit Japan gerade jetzt veröffentlicht würden, wo Frankreichs internationale Beziehungen sehr gespannt seien.

Leistungsbilanz in Rußland.

Paris, 4. Jan. Nach einer Blättermeldung aus Moskau soll die Sowjetregierung die Mobilisation von zwei Jahressklassen für ganz Rußland angeordnet haben.

Ein Zugzusammenstoß ereignete sich gestern nachmittags auf dem Bahnhofs Altenhof bei Siegen. Der von Weischede kommende Personenzug 1905 fuhr bei der Einfahrt mit einer im gleichen Gleise in entgegengesetzter Richtung fahrenden Rangierlokomotive zusammen. Beim Zusammenstoß wurden leicht verletzt, die sämtlich ihre Reise fortsetzen konnten. Der Sachschaden ist ziemlich erheblich. Der Betrieb ist nicht gestört.

